Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 5 Uhr.

Nr. 281 | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 2. Dezember 1919 | Jahrgang 1.

Kommt, wir wollen wieder zum Herrn; denn er hat uns zerrissen, er wird uns auch heilen; er hat uns geschlagen, er wird uns auch verbinden.

Hosea 6, 1.

Die deutsche Arbeitsgemeinschaft, eine Konsequenz christlicher Gewerkschaftsgrundsätze.

Im Kaisersaal der Düsseldorfer Tonhalle hielt der Deutsche Volksparteiler Generaldirektor Dr. Vögler eine Rede, die hochbedeutsam ist, weil sie in wünschenswerter Weise Licht bringt in die Motive, die das Arbeitgebertum veranlaßte, mit den Gewerkschaften der Arbeiter eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen. Er führte nach der „Köln. Zeitung" Nr. 1045, folgendes aus:

„Eines ist notwendig: eiserne Selbstzucht und harte, zielbewußte Arbeit. Es muß Arbeit mit der Hand und Arbeit mit dem Kopfe geleistet werden, aber auch Arbeit mit dem Geiste, die schwerste vielleicht von allen, um die neuen Betriebsstätten mit Leuten mit hochgemutem Geiste zu füllen. Erst die Freude an der Arbeit gibt der der Arbeit die sittliche Fähigkeit, den Inhalt des ganzen Lebens auszumachen. Weil wir nun das Gefühl haben, daß wir wieder zu engster Fühlung mit den Arbeitern kommen müssen, haben wir uns vor Jahr und Tag hingesetzt, um das Problem der Arbeiterbewegung aus dem Klassenkampf herauszubringen zum Arbeitsfrieden. Das war der Grundgedanke der Arbeitsgemeinschaft, die zuerst im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geschlossen wurde. Wir haben längst eingesehen, daß die Industrialisierung Deutschlands, die kommen mußte, weil wir ein Millionenvolk zu ernähren hatten, eine Arbeitsteilung nach sich gezogen hat, die den Menschen immer mehr von dem Werk, das er schuf, entfernte. Ein kleines Beispiel: Ein Uhrmacher vor hundert Jahren war gleichzeitig Erfinder, Konstrukteur, Monteur und Arbeiter. Das Werk ging immer nur durch seine Hände, bis es gut und vollendet war. Heute fertigt in einer Uhrenfabrik, in der 5000 und 6000 Uhren an einem Tage hergestellt werden, derselbe Arbeiter Tag für Tag immer dasselbe Rad; was aus dem Rade wird, weiß er nicht. Die Entfernung vom einzelnen Arbeiter zum vollendeten Werke ist zu groß geworden. Wie können wir diese Kluft überbrücken? Wir glaubten ein Mittel darin zu sehen, daß wir die Führer der Arbeiterorganisationen über das verwickelte Gewebe der Arbeit unterrichten, um sie der Gesamtwirtschaft näherzubringen. Von Düsseldorf aus, von der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen, ist vor Monaten die Anregung an die Regierungsstellen gegangen, das Aktiengesetz zu ändern und kleine Aktien einzuführen. Wir wollen unseren Arbeiter Aktien geben. Eine Anregung des deutsch-nationalen Abgeordneten Hugenberg. E. H.) Wir wollen dadurch unsere Arbeiter individuell behandeln, ihnen etwas mehr Anreiz für ihre eigne Arbeit geben und sie in ein Gefühlsverhältnis zum Werk bringen. Wir glauben, daß damit ihr Interesse am Werk größer wird, und hoffen dadurch auch die so wichtige Akkordarbeit regeln zu können. Akkordarbeit muß geleistet werden mit Hand und mit Kopf. Es fragt sich nun, ob man nicht bei der Akkordarbeit, die heute in den meisten Fällen darin besteht, daß für eine gewisse Arbeit ein gewisser Lohn bezahlt wird, an Stelle des Lohnes ein Interesse an dem ganzen Betriebe bringt, indem man für gute Leistung der Werkstätte im betreffenden Zeitabschnitt auch einen Anteil am Gewinn gibt. Wir fragten uns auch, ob nicht Prämien einzuführen seien, wenn der wirtschaftliche Wirkungsgrad sich bessere. Die Zeit, die vor uns liegt, wird in erster Linie Veredelungsarbeit, sogenannte Qualitätsarbeit, notwendig machen. Da glaubten wir in unseren Besprechungen auch den Weg gehen zu sollen, Prämien für erstklassige Arbeit zu gewähren.

Wenn ein Volk so daniederliegt wie wir, wenn man so der wirtschaftlichen Freiheit beraubt ist wie wir durch den Friedensvertrag, dann darf man nicht mit großen Wirtschaftsproblemen vor die Welt treten, dann müssen wir zurück zur Urzelle, zum einzelnen Mann, zur einzelnen Arbeit im Betriebe, um wieder in die Höhe zu kommen. Wir wollen auf jedem Werk eine Arbeitsgemeinschaft errichten. Sie ist viel angefochten worden, zum Teil, weil es nicht möglich ist, in der gärenden Zeit der Revolution weiten Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einzelheiten klar zu machen. Viele Mißverständnisse treten auf beiden Seiten auf. Es müssen auch große Opfer gebracht werden. Die Arbeitnehmer, die in sozialdemokratischen Gewerkschaften vereinigt sind, müssen endgültig mit der Lehre des Klassenkampfes brechen, denn wer gewillt ist, zur gemeinschaftlichen Arbeit des Volkes aufzufordern, darf nicht mehr die Idee des Klassenkampfes in die Massen schleudern. Die Verhandlungen für die Arbeitsgemeinschaft haben schon lange vor der Revolution begonnen. Als zur Zeit der Revolution die Satzung festgelegt und die Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, gab diese den Arbeitgebern die Gewißheit, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht die Absicht hatte, nach russischem Muster das Chaos herbeizuführen, sondern wieder emporkommen wollte. Auch die Arbeitgeber müssen viele Opfer bei der Arbeitsgemeinschaft bringen. Man denke nur daran, daß in unserer Industrie noch viele Arbeitgeber am Ruder sind, die vor 40 und 50 Jahren ihr Werk geschaffen haben, in dem sich ein gewisses Unabhängigkeitsverhältnis herausgebildet hatte. Nun müssen diese Führer in der Industrie sich entschließen, alle diese Fragen, die sie bisher aus eigener Kraft und eigenem Ermessen zu behandeln gewohnt waren, mit andern, die ihnen bisher als Kampfgewerkschaft gegenüberstanden, zu regeln.

Jetzt, nach einem Jahre seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, kann ich feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewaltig Boden gefaßt hat, bis auf eine Gruppe, bei den Metallarbeitern. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Metallarbeiter waren immer die radikalsten. Gerade von den Metallarbeitern sind immer wieder Angriffe auf die Arbeitsgemeinschaft erhoben worden. Das paßte dieser Gruppe nicht, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern Platz griff. Aber gerade diese Angriffe mußten uns in der Überzeugung stärken, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir wollten die Politik aus den Betrieben herausbringen, und die Radikalen wollen die Politik in die Betriebe hineinbringen. Das war der grundlegende Unterschied. Wir haben die Überzeugung, daß wir die Endsieger sein werden. Das Betriebsrätegesetz ist eine Frucht der radikalen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften haben mit ihren einsichtigen Führern längst erkannt, daß die Arbeitsgemeinschaft mit dem Betriebsrätegesetz fällt, aber sie hatten nicht den Mut gefunden, sich zu dieser Einsicht zu bekennen. Als der Metallarbeiterverband in Stuttgart beschlossen hatte, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten, haben die Gewerkschaftsführer sich doch noch nach schweren inneren Kämpfen entschlossen, bei der Arbeitsgemeinschaft zu bleiben. Mit Freude kann ich das feststellen. Wenn wir wieder zu einem vernünftigen Arbeitsverhältnis kommen wollen, müssen wir klare Richtlinien schaffen, es wird immer Führer und und Geführte geben. Der Arbeiter muß aber das Gefühl haben, daß er nicht nur für den Führer arbeitet, sondern wir müssen ihm beibringen, daß beide Gruppen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, als Teile des Ganzen für das Volk, für das Land arbeiten. Wir geben uns keinen Illusionen, keinen Utopien hin. Wir wissen, daß solange diese Welt besteht, und in dieser Welt Menschen wohnen, der Egoismus die stärkste Triebkraft bleiben wird. Vielleicht bringt dieser Egoismus doch einmal die Einsicht, daß es keinen Wert hat, die Werkstätten zu zerstören. Wenn wir so weit sind, daß wir mit diesem Gedanken unsrer Arbeitsgemeinschaft in weiteste Kreise dringen, dann taucht am Horizont die Hoffnung auf, daß es noch einmal gut werden kann in deutschen Landen. Wir wollen nicht glauben, daß die Quellen deutschen Wesens versiegt sind. Wenn es richtig ist, daß in Zeiten großer Not diese Quellen, die in Wirklichkeit die Triebkraft zum Aufstieg sind, stärker zu fließen beginnen, wenn wir annehmen dürfen, daß das neuerwachte Nationalbewußtsein eine dieser Quellen ist, dann ist es vielleicht doch nicht zu optimistisch, daß man noch einmal an einen Aufstieg Deutschlands glauben darf. Dann gilt das Wort des Arbeiterdichters: „Ich glaub' an Deutschland wie an Gott."

Diese Rede, d. h. die Tatsache dieses wirtschaftspolitischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbündnisses gibt allen Anhängern und Verfechtern der Grundsätze christlicher Gewerkschaftspolitik das Recht, ein Gefühl hoher Befriedigung an den Tag zu legen. Warum? Oberster Grundsatz der christlichen Gewerkschaftspolitik ist stets gewesen die Solidarität aller Volksstände, zweitens die Gleichberechtigung aller Faktoren im Wirtschaftsprozeß, so auch die Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Läßt man das Wort „christlich" aus dem Programm der christlichen Gewerkschaften hinweg, ohne die Grundsätze an sich zu verändern, so findet man alles das, was die christlichen Gewerkschaften seit ihrer Gründung als wünschenswert angestrebt haben, in obigen Ausführungen des Generaldirektors Dr. Vögler. Daher darf wohl alle christlichen Gewerkschaftler und ihrer Führer Befriedigung darüber erfüllen, daß die Arbeitgeberorganisationen von ihrem „Herrn-im-Hause-Standpunkt", der bei Lichte besehen, doch auch nichts anderes war als ein Klassenstandpunkt, abgekommen sind und nunmehr auf den Grundsätzen zu arbeiten gedenken, auf denen die christlichen Gewerkschaften wie die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen tätig sind. Dabei verschlägt es nichts, daß sich das Arbeitgebertum nicht bewußt von den Programmsätzen der christlichen Gewerkschaften leiten ließ. Die Auffassungen der Herren Buek-Saar, Menk-Hamburg, Böttcher-Essen gehören für die deutsche Wirtschaftsgeschichte der Vergangenheit an. Das ist — bei Lichte besehen — ein Sieg des christlichen Sozialismus.

Zwei Gedankengänge in der Rede des Herrn Dr. Vögler sollen hier noch kurz gestreift werden. Der Gedanke, die „Arbeiterbewegung aus dem Klassenkampf heraus zu bringen zum Arbeitsfrieden", ist ein großer und herrlicher, aber er ist ein Ziel, das sich hinsichtlich der Erreichbarkeit in eine Linie stellen möchte mit der sozialdemokratischen Utopie des Völkerfrühlings. Wäre die Hoffnung Dr. Vöglers erfüllbar, dann würde man mathematisch berechnen können, wann für die christliche Gewerkschaftsbewegung das Existenzrecht erlöschen würde. Aber sie ist nicht erfüllbar! Der marxistische Sozialismus kann nicht den Klassenkampfstandpunkt aufgeben; denn sonst gibt er sich selbst auf. Zwei gewaltige Wirtschaftsorganisationen: Arbeitgebertum und christliche Arbeiterverbände konnten sich auf den Boden der Wirtschaftssolidarität, der wirtschaftlichen Ideengemeinschaft finden. Das können die marxistisch-sozialistisch orientierten Gewerkschaften auf die Dauer nicht, oder sie müssen an dem Tage, wo das geschieht, ihr Grab schaufeln oder es kommt zur Spaltung. Wenn man die Kraft materialistischer Weltanschauung richtig einschätzt, kann man unmöglich dieses Ziel, das einer „religiösen Bekehrung" gleichkommt, als erreichbar ansehen. Wenn Direktor Vögler in seinem Vortrage sagt, daß, soweit er sehe, nur der Metallarbeiterverband sich der Arbeitsgemeinschaft verschlösse, so gibt er sich auch hier Hoffnungen hin, die vielleicht von dem Wunsche diktiert sind, dem Ideal zu dienen. Wir sind Realisten genug, um die Stimmung z. B. im Transportarbeiterverband, in den sozialistischen Verkehrsorganisationen, im Holzarbeiterverband, in Teilen des Bauarbeiterverbandes ähnlich einzuschätzen, wie Dr. Vögler den Metallarbeiterverband einschätzt. Die Macht, die die sozialistischen Gewerkschaften, Führer und Massen, zu einem Bündnis mit dem Arbeitgebertum und den übrigen Gewerkschaftsrichtungen veranlassen kann, ist der Egoismus, von dem Dr. Vögler in seiner Rede sagt, daß er die stärkste Triebkraft sei, solange die Welt besteht und in der Welt Menschen wohnen. Dazu kommt die Erkenntnis, daß hier ein Solidarismus heranreift zwischen den leitenden Wirtschaftsfaktoren, Unternehmern und Arbeitern, unter dessen Kraft

auch ein Ziel von so religiös wirkender Wucht wie die Diktatur des Proletariats versagt. Vielleicht gilt für einen Teil der Führer die Parole: kommt Zeit, kommt Rat.

Die Quellen deutschen Wesens, von denen der Redner sprach, liegen doch nicht in den rein wirtschaftlichen Triebfedern, sind nicht nur Vernunft und Realismus, sondern sie liegen dort, worauf die christliche Arbeiterbewegung das gesamte Volks- und Kulturleben aufgebaut sehen will: in den Lebenskräften und dem Sittengesetz des Evangeliums. Die christliche Gewerkschaftsbewegung, die in solch großem Ausmaß berufen ist, an dem Neubau unseres Volks- und Wirtschaftslebens teilzunehmen, darf mit dem Gefühl bewährter Siegeskraft ihrer Grundsätze hoffen, daß ihr Weg zu neuen wirtschaftlichen und kulturellen Siegen führt.

Emil Hartwig, Arbeitersekretär.

Die kirchlichen Wahlgesetzentwürfe in Preußen.

Zu den beiden Kirchengesetzentwürfen für die altpreußischen Landeskirche, dem Entwurf eines **kirchlichen Gemeindewahlgesetzes** und dem Entwurf eines **Kirchengesetzes betr. eine außerordentliche Kirchenversammlung** zur Feststellung der künftigen Kirchenverfassung, wird jetzt in Nr. 8 des K. G. u. V. Bl. eine ausführliche Begründung veröffentlicht.

Ausgehend von der Bedeutung der politischen Umwälzung für die Landeskirche gedenkt die Begründung zunächst der Verdienste der ehemaligen Herrscherhäuser um die Kirche. Der Entstehung des landeskirchlichen Kirchenregiments und den Grundsätzen des evangelischen Kirchenrechts entspricht es nunmehr, daß die kirchlichen Rechte des Königs nach dessen Wegfall von den obersten Organen der Kirche, also vom Evangelischen Oberkirchenrat und der Generalsynode bezw. dem Generalsynodal-Vorstand wahrzunehmen sind. Die Einsetzung der drei evangelischen Staatsminister durch § 5 der preußischen Notverfassung bedeutete einen Eingriff in die Selbständigkeit der Kirche, gegen den das Kirchenregiment sofort, aber ergebnislos Verwahrung eingelegt hat. Die Lage sei nunmehr die, daß es zum Erlaß eines Kirchengesetzes des Zusammenwirkens der in § 5 der preußischen Notverfassung bezeichneten drei Staatsminister und der Generalsynode bedarf. Es wäre aber an sich rechtlich möglich, daß die Generalsynode selber unter Zustimmung dieser Minister die neue Kirchenverfassung fertigstellt. Die Gesetzentwürfe sehen jedoch davon aus einem doppelten Grunde ab. Einmal müsse die Kirchenverfassung im Bewußtsein des Kirchenvolkes fest begründet und von der lebendigen Teilnahme weitester Kreise getragen werden. Diesem Bedürfnis entspreche die gegenwärtige Zusammensetzung der Generalsynode bei aller Anerkennung ihrer sonstigen Qualitäten nicht, da sie ursprünglich gar nicht als selbständige Vertretung des Kirchenvolkes gegenüber der Kirchenregierung gedacht war, sondern lediglich als eine Ergänzung des Kirchenregiments durch sachkundige Männer. Sodann müsse die neue Verfassung ein rein kirchliches Werk sein, ausschließlich von kirchlichen Instanzen beschlossen. Ein solches Werk aber könne nur durch eine in völliger Freiheit gewählte und in Freiheit tagende Verfassunggebende Kirchenversammlung schaffen. Dabei handle es sich keineswegs um eine Nachahmung revolutionärer Vorbilder. Bei dem Vorgehen des revolutionären Staates bestehe eine Ausschaltung der bisherigen gesetzgebenden Körperschaften, bei denen der Kirche eine Wahrung der Rechtskontinuität durch Vermittlung der Generalsynode.

In Begründung der Einzelheiten der Vorlagen wird über den Beschluß des Vertrauensrates berichtet, dem E.-O.-K. Urwahlen für die Verfassunggebende Kirchenversammlung zu empfehlen. Da es angesichts der einmütigen Ablehnung durch die Provinzialsynoden, der entstandenen erregten Bewegung in weiten Kreisen der Kirche, namentlich in den westlichen Provinzen, ausgeschlossen erscheinen mußte, auf diesem Wege die unumgänglich notwendige Geschlossenheit der kirchlichen Front zu wahren, hätten der verfassungsmäßig zuständige Evangelische Oberkirchenrat und Generalsynodal-Vorstand der Generalsynode vorgeschlagen, Neuwahlen für die Gemeindekörperschaften auf zeitgemäß umgestalteter Grundlage auszuschreiben, und die Wahlen der Abgeordneten für die Verfassunggebende Kirchenversammlung durch Mitglieder dieser berufenen Vertretungen der Gemeinden vornehmen zu lassen. Des weiteren werden die vorgesehene Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen, die Streichung des Erfordernisses wirtschaftlichen Selbständigkeit als Voraussetzung des aktiven und passiven Wahlrechts, die bereits im Jahre 1914 von der Eisenacher Kirchenkonferenz durchberatene Einführung der Verhältniswahl zum Schutz der kirchlichen Minderheiten ausführlich begründet. Für die Durchführung der Verhältniswahl, die nicht durchweg nach den Grundsätzen des politischen Wahlrechts, sondern, namentlich für die Wahlen zu den Gemeindekörperschaften, nach besonderen kirchlichen Gesichtspunkten geregelt ist, wird auf eine noch zu erlassende Wahlordnung verwiesen.

Reichsrat und Steuern.

Die Einzelstaaten gegen eine überstürzte Behandlung der Finanzvorlage.

In der letzten öffentlichen Vollsitzung des Reichsrates wurde mit der Beratung der neuen Steuervorlagen begonnen.

In der allgemeinen Aussprache wurde von den Vertretern der Einzelstaaten scharfe Kritik an der überstürzten Behandlung der Regierungsvorlage geübt. Ministerpräsident Hirsch stellte namens der preußischen Regierung fest, daß die drei Steuervorlagen dem Reichsrat zu spät von der Reichsregierung vorgelegt worden sind, daß ein auf gründlicher Prüfung beruhende Stellungnahme zu diesen in finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bedeutungsvollen Vorlagen nicht möglich war. Die preußische Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie in Zukunft bei derart wichtigen Vorlagen auf Beachtung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen besteht, weil eine solche überstürzte Behandlung zur Ausschaltung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrates und damit zur Ausschaltung des Einflusses der Landesregierungen auf die Gesetzgebung führen müßte.

Der bayerische Gesandte sowie die Vertreter Sachsens, Badens und Württembergs schlossen sich dem formellen Protest an. Reichsfinanzminister Erzberger bemerkte auf die Bemängelungen des preußischen Ministerpräsidenten, daß er den Entwurf der Landessteuer bereits am 25. Oktober den Finanzministern habe zugehen lassen.

Der bayerische Gesandte brachte dann auch scharfe materielle Einsprüche vor. Die Zuständigkeit des Reiches auf kulturellem Gebiete solle hier auf Kosten der Einzelstaaten und Gemeinden erweitert werden. Mit der Verfassung seien die Einzelländer eben im Begriff, sich loyal abzufinden. Sie durften aber hoffen, daß die unitarische Entwicklung damit abgeschlossen sei. In dieser Hoffnung hätten sich die Einzelländer getäuscht und die Rede des Ministers vom Donnerstag habe erst recht Beunruhigung geschaffen. Gegen das überhastete Tempo in der Entwicklung zum Einheitsstaat beständen erhebliche Bedenken, und die Reichsverfassung sei doch auf föderalistischem Boden aufgebaut, wie schon das Bestehen des Reichsrates zeige. Den Ländern dürfe man nicht die Finanzhoheit nehmen, ebensowenig dürfe man die Gemeinden zu Kostgängern und Bittstellern beim Reiche machen.

Ein badischer Antrag zum Landessteuergesetz, wonach Länder und Gemeinden das Recht haben sollten Zuschläge zu dem Einkommensteuerlauf zu erheben, wurde gegen die Stimmen von Baden, Hessen und Bayern abgelehnt, in der Gesamtabstimmung wurde das Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen.

Der Kampf um die Betriebsräte.

Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern.

Neben den Bestimmungen über die Zulassung von Arbeitervertretern zum Aufsichtsrat und Einsichtnahme der Arbeiter in die Bilanz sind besonders die Artikel über die Ein- und Ausstellung der Arbeitnehmer die heißumstrittensten Neuerungen des Betriebsrätegesetzes. In der letzten Sitzung des Betriebsräteausschusses wurden nun auch diese restlichen noch unerledigten Artikel beraten.

Für die Einstellung wurden Anträge in Vorlage gebracht, die besagen, daß hierfür zwischen dem Betriebsrat und dem Arbeitgeber Richtlinien aufzustellen sind. Gegen diese Regelung wandten sich scharf Vertreter des Zentrums und der rechtsstehenden Parteien. Schließlich wurde ein Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, welcher lautet:

„Ueber die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenrates zu entscheiden."

Bezüglich der Ausstellung wurde ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien als Artikel 42 und 43 ohne Widerspruch angenommen. Die Artikel haben folgenden Wortlaut:

„§ 42. Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung oder Entlassung seitens des Arbeitgebers den Arbeiter oder Angestelltenrat anrufen:

1. wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verbande erfolgt;
2. wenn die Kündigung oder Entlassung ohne Angabe von Gründen erfolgte;
3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit, als die bei der Einstellung vereinbarte, zu verrichten;
4. wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch die Verhältnisse des Betriebes unbedingte Härte darstellt.

Das Recht des Einspruchs besteht nicht bei Entlassungen, die auf einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen oder durch Schiedsspruch einer gesetzlich anerkannten Schlichtungsstelle auferlegten Verpflichtungen beruhen, bei Entlassungen, die durch Stillegung des Betriebes erforderlich werden, und bei fristlosen Kündigungen aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.

Erachtet der Arbeiter- oder Angestelltenrat die Anrufung für begründet, so hat er beim Arbeitgeber auf eine Verständigung hinzuwirken. Gelingt diese Verständigung nicht, so kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß anrufen.

§ 43. Der Schlichtungsausschuß kann die Unwirksamkeit der Kündigung aussprechen und für den Fall, daß der Arbeitgeber die Wiedereinstellung verweigert, diesem eine Entschädigungspflicht auferlegen. Diese bemißt sich nach der Zahl der Jahre, während deren der Arbeitnehmer in dem Betriebe beschäftigt war, und darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des Jahresarbeitsverdienstes, jedoch im ganzen nicht über sechs Zwölftel hinausgehen. Dabei ist sowohl auf die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers als auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers angemessene Rücksicht zu nehmen. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer innerhalb drei Tagen zu erklären, ob die Entschädigung oder Entlassung erfolgt.

Der Arbeitgeber ist im Falle der Wiedereinstellung verpflichtet, dem Arbeitnehmer, falls inzwischen die Entlassung erfolgt war, für die Zeit zwischen der Entlassung und der Wiedereinstellung Lohn oder Gehalt zu zahlen. § 615 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet entsprechende Anwendung. Der Arbeitgeber kann ferner öffentlich-rechtliche Leistungen, die der Arbeitnehmer aus Mitteln der Erwerbslosen- oder Armenfürsorge in der Zwischenzeit erhalten hat, zur Anrechnung bringen und muß diese Beträge der leistenden Stelle zurückerstatten.

Der Arbeitnehmer ist berechtigt, falls er inzwischen einen neuen Dienstvertrag abgeschlossen hat, von dem alten zurückzutreten. Er hat hierüber, nachdem ihm die Entscheidung des Schlichtungsausschusses bekannt geworden ist, unverzüglich dem Arbeitgeber eine Erklärung abzugeben. Macht er von seinem Rücktrittsrechte Gebrauch, so ist ihm, falls inzwischen die Entlassung erfolgt war, Lohn oder Gehalt nur für die Zeit zwischen der Entlassung und der Entscheidung des Schlichtungsausschusses zu zahlen. Absatz 2 Satz 2 und 3 findet entsprechende Anwendung."

Nach Annahme von Aenderungen verschiedener dem Betriebsrätegesetz entgegenstehender Gesetzesbestimmungen wurde die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet. Der Ausschuß vertagte sich auf acht

---

Zwei Markaner!

(Eine Hundertjahrerinnerung zum 30. 11. 19.)

Ich weiß nicht, ob sie sich persönlich gekannt haben. Aber es ist anzunehmen, daß Friedrich Harkort und Graf Adelbert von der Recke-Volmarstein Freunde waren. Waren es doch zwei Naturen, die sich ergänzten wie Luther und Melanchthon. Aus der Geschichte ist bekannt, daß Melanchthon 14 Jahre später geboren wurde und auch 14 Jahre nach dessen Tode starb. Graf Adelbert erblickte 1791 im Schlosse Overdyk bei Bochum das Licht der Welt. Und zwei Jahre nach ihm wurde auf Haus Harkorten bei Haspe Fritz Harkort geboren. Beide erreichten ein Alter von 87 Jahren. Trotz ihres „besseren" Herkommens sind beide einfach erzogen worden. Mit dem Schulwesen war es zu Ende des 18. Jahrhunderts in unserer Heimat schlecht bestellt. Doch Harkorts Vater war ein Freund der Schule. An der benachbarten Schule am Quambusch, die seine Kinder besuchten, wirkten immer die tüchtigsten Lehrer. Diese Schule hat er, wie auch schon seine Vorfahren, mit Legaten bedacht. 1799 gründete er mit seinem Bruder die „Handelsschule" in Hagen, die erste höhere Schule südlich der Ruhr. Sie erlangte bald eine solche Berühmtheit, daß sogar Jünglinge aus Dänemark, Norwegen, England und Holland diese Schule besuchten. Fritz Harkort und seine fünf Brüder natürlich auch. Da kann man es verstehen, wenn Fritz Harkort später ein Vorkämpfer wurde für die Schulen und für den Lehrerstand. — In Overdyk gründete im Jahre 1789 Philipp von der Recke, Graf Adelberts Vater, eine Freischule, die sich bald unter der Leitung des tüchtigen Schulmannes Wilberg zu einem Lehrerseminar entwickelte, zu der ersten Stätte der Lehrerbildung auf Roter Erde. Das Seminar ging 1806 ein und sank allmählich zu einem Wirtshaus herab. — Bald nach den Befreiungskriegen hatte Graf Adelbert mehrere der verkommensten Verbrecherkinder, die damals in Scharen das Land unsicher machten, zu sich ins elterliche Schloß genommen und versuchte in aller Liebe und Geduld, sie zu brauchbaren Menschen zu erziehen. Doch der Pfleglinge wurden immer mehr. Da eröffnete er am 19. November 1819 in dem alten Seminar die erste deutsche Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder. Er gründete einen „Verein der Menschenfreunde" feiert. Er gründete einen „Verein der Menschenfreunde" und im „Hermann", der alten „Hagener Zeitung", forderte er auf zur Mitarbeit. Er gab den Anstoß zu den mannigfachen Arbeiten der Inneren Mission, er war gewissermaßen ihr Vorläufer. Männer wie Wichern, Fliedner, Bodelschwingh weisen immer wieder auf ihn hin.

Zur selben Zeit, am 18. September 1819, gründete Harkort in Wetter die „Mechanische Werkstätte Harkort u. Co.", die erste deutsche Maschinenfabrik. Harkort wurde so der Vater der deutschen Großindustrie und hat wohl den wichtigsten Anteil gehabt an dem wirtschaftlichen Aufschwung in den letzten 100 Jahren. Er benutzte auch den „Hermann", um dem Volke seine Pläne darzulegen über Eisenbahnen und Kanäle, über Volksbildung und Volkswohlfahrt. Die erste längere Eisenbahn des europäischen Festlandes, zwischen Zeche Schlebusch und Haspe, ist 1829 von Harkort gebaut. In Harkort baute man die ersten Fördermaschinen. In Duisburg baute er ein Dampfschiff, mit dem er als erster aufs offene Meer fuhr. 1825 wollte er schon den Bau der Köln-Mindener-Bahn, die erst 1847 eröffnet wurde. Auch förderte er damals den Rhein-Weser-Elbe-Kanal, der heute erst zum Teil Wirklichkeit geworden ist. Als erster in allen Landen rief er eine Kranken-, Invaliden- und Sterbekasse ins Leben. Preußen verdankt es zum großen Teil ihm, daß es 1848 eine Verfassung erhielt. Und rastlos hat Harkort in Landtag und Reichstag gearbeitet. Er hatte sein Volk lieb, und die Schule hat er uns erbaut, so könnte man über sein Leben schreiben. —

Und Graf Adelbert? Als in Overdyk die Räume zu eng wurden, da zog er weiter. Bei Düsseldorf erwarb er sich das Kloster Düsseltal. Und wo früher nur immer „Momento mori" gesprochen werden durfte, erschollen bald helle Kinderstimmen. Graf Adelbert lebte wie ein Vater unter den Kindern. Viele Hunderte hat er dort erzogen. Und doch stand er jedem einzelnen Kinde nahe. Volle 25 Jahre hat er in Düsseldorf gearbeitet. Da zog er müde und matt nach Schlesien. Doch auch im Alter gönnte er sich keine Ruhe. Das „Deutsche Samariter-Ordens-Stift" in Kraschnitz, das über 1000 Blöde und Fallsüchtige beherbergt, ist sein letztes Werk. Als noch niemand daran dachte, plante er schon Diakonissen- und Diakonenhäuser. In Kraschnitz hat er dann diese Jugendwünsche in die Tat umsetzen können. Ihm ist es zu verdanken, daß ein Teil des Adels von seinen Bergen herabstieg und sich bemühte, das Volk zu verstehen und ihm zu helfen. —

Das Kriegerdenkmal auf Volmarsteiner Schloßberg trägt den Namen seines 1870 gefallenen Sohnes. Im Tale liegt das Gut Werdringen, ein alter gräflicher Besitz. Gegenüber an der anderen Seite der Ruhr, ist Wetter mit seiner alten Burg. Oberhalb der Burg, auf dem „alten Stamm", steht das Harkort-Denkmal. Und in den benachbarten Scheder Buchen ruht „Westfalens alter Fritz", eingehüllt in die Fahne seines stolzen Schiffes, das einst seinen Ruhm in aller Welt verkündete. Diese und noch viele andere Stätten in der Nähe erinnern uns an die beiden Männer unserer Heimat, die vor nunmehr 100 Jahren ihre Lebensarbeit begannen. Mögen ihre Werke vielen Ansporn sein, sich Harkorts Wort zu eigen zu nehmen. „Der Heimat weih' ich meine Kraft und meinem Vaterland".

Siepmann-Grundschöttel.

lage. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Mehrheitssozialisten alle Hebel in Bewegung setzen werden, um eine Aenderung der Bestimmungen über die Einsichtnahme der Arbeitervertreter in die Bilanz sowie über die Einstellung der Arbeitnehmer herbeizuführen. Während sich die Regierungsparteien über alle anderen Artikel einigen konnten, sind diese Bestimmungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Der „Vorwärts" läßt bereits durchblicken, daß, wenn das Gesetz in dieser Form endgültig angenommen werde, seine Partei kein Interesse mehr daran habe. Man wird sich daher noch auf einen scharfen Kampf in der zweiten Lesung gefaßt machen müssen.

Oesterreichs Dank.

In der österreichischen Nationalversammlung machte der Präsident die Mitteilung von dem Beschluß der Deutschen Nationalversammlung, im Dezember von jeder Brotkarte im Reiche 50 Gramm abzuziehen und knüpfte daran folgende Erklärung, die vom Hause stehend angehört wurde:

„Hohes Haus! Es handelt sich hier nicht nur um ein finanzielles Opfer schlechthin, nicht nur um ein Opfer, das der Staat als solcher bringt, sondern um eine Liebesgabe jedes einzelnen Bürgers des Deutschen Reiches ohne Unterschied. Jeder Bürger schmälert täglich seine ohnehin karg bemessene Ration, um dadurch beizutragen zur Linderung der schrecklichen Not, die in Deutsch-Oesterreich herrscht. Dieser Akt der Großmut und der brüderlichen Solidarität des Deutschen Reiches hat bei uns nicht nur Freude und Genugtuung ausgelöst, sondern vor allem die innigste Dankbarkeit. Der Beschluß ist abermals ein Beweis dafür, daß die Gewalt uns zwar räumlich trennen kann, daß aber nichts im stande ist, die Bande gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur zu lösen, die uns mit den Brüdern im Reiche verbinden." (Lebh. langanhaltender Beifall.)

•

In einem Aufruf der deutschnationalen Volkspartei wird angeregt, daß auch die Selbstversorger sich von diesem Werk der Hilfe für das deutschösterreichische Brudervolk und die 80 000 Reichsdeutschen in Oesterreich nicht ausschließen. Die Reichsgetreidestelle habe mit den Kommunalverbänden, den Gutsbezirken und Gemeinden sofort zusammenzuwirken, um eine geeignete gleichmäßige Belastung der Selbstversorger bei diesem Hilfswerk durchzuführen.

Die Entente für Mitteleuropa.

Der Amsterdamer „Telegraaf" meldet aus London: In einem Leitartikel, der von einem Umschwung der Stimmung gegenüber den ehemaligen Feinden handelt, nennt die „Times" die Unterhauserklärung Lloyd Georges, daß man die Wirtschaftslage Mitteleuropas durch einen umfassenden Kredit bessern müsse, die wichtigste Antwort auf alle an den Ersten Minister gerichteten Fragen.

Das Blatt schreibt, für Oesterreich seien bis zur nächsten Ernte 20 Millionen Dollar nötig. Die amerikanische Regierung werde sich dem Werke der Barmherzigkeit nicht entziehen können, das in Mitteleuropa verrichtet werden müsse; insbesondere Oesterreich müsse von der gegenwärtigen Hungersnot gerettet werden. Man müsse jedoch der Möglichkeit Rechnung tragen, daß die Vereinigten Staaten auf ihrer Weigerung verharren. Dadurch entstehe die dringende Frage einer engeren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen Deutschland, der Tschecho-Slowakei, Oesterreich und dem südslawischen Staate mit Unterstützung und Ermutigung seitens Englands und Frankreichs. Es sei die Pflicht der Alliierten, mit der Wiederherstellung Mitteleuropas zu beginnen, ohne die so gut wie keine Aussicht bestehe, daß irgendein Donaustaat wieder zu Wohlfahrt gelangt.

Auch der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" begrüßt die Erklärung des Ministers, daß Mitteleuropa durch Kredite unterstützt werden muß. Diese Unterstützung werde nicht nur den Alliierten, sondern auch den früheren Feinden, hauptsächlich Deutschland, zuteil werden.

•

Amerika stundet die Zinszahlungen.

„Associated Preß" bestätigt, daß die Zinszahlungen auf die von der amerikanischen Regierung gewährten Darlehen den Alliierten gestundet werden sollen, bis die Rückwirkung des Krieges vorüber ist. Es werden jetzt über diese Frage auf Verlangen der Alliierten Verhandlungen geführt. Die Beamten des Schatzamtes erklärten, daß der gegenwärtige chaotische Zustand in Europa gebessert werden wird, wenn die Zinszahlungen fundiert werden. Nach den zurzeit erwogenen Plänen würden diese Zahlungen von drei auf fünf Jahre aufgeschoben werden.

Deutsches Reich.

— Generalfeldmarschall v. Mackensen wird in den nächsten Tagen von Saloniki aus die Heimreise nach Deutschland über Budapest und Wien antreten.

— Infolge der deutschen Proteste sind von der Entente alle von den Franzosen zu Beginn der Ostseesperre gekaperten deutschen Schiffe freigegeben worden.

— Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates lehnte den Gesetzentwurf über die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit einstimmig ab, weil durch ihn die landwirtschaftliche Erzeugung und damit die Ernährung des deutschen Volkes auf das schwerste gefährdet werden würde.

•

:: **Für Befreiung der Kriegsgefangenen.** Die Parteien des bayerischen Landtages haben ohne Unterschied in einer alle politischen Gegensätze überbrückenden Einmütigkeit gegen die unerhörte Gefangenennote des französischen Ministerpräsidenten den lautesten Protest erhoben. Sie wenden sich an das Menschlichkeitsempfinden und an das Gerechtigkeitsgefühl der Völker aller Mächte und an das Gewissen der gesamten auf den Ruhmestitel der Zivilisation Anspruch erhebenden Welt. Die Völker der neutralen Staaten werden noch besonders aufgerufen. — Auch das Komitee der Internationalen christlichen Arbeitervereinigung richtete im Namen der christlichen Arbeiterschaft aller Länder an den Hohen Obersten Rat in Paris einen dringenden Appell, in dem die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert wird. — Die Note des Ministerpräsidenten Clemenceau über die Kriegsgefangenen ist in Frankreich nicht veröffentlicht worden. Die „Presse de Paris" hat lediglich nach den deutschen Blättern in einem Telegramm aus Basel einen Auszug veröffentlicht.

:: **Keine Einstellung des Untersuchungs-Verfahrens.** Nach Gerüchten will der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Arbeiten einstellen und langsam in der Versenkung verschwinden. Wie der „Deutschen Allg. Ztg." vom Untersuchungsausschuß mitgeteilt wird, trifft das Gegenteil zu. Vielmehr ist nur eine Aenderung des bisher angewandten Verfahrens beabsichtigt. Künftig sollen die Vernehmungen sich auf ein reines Verhör der Zeugen beschränken, also auf Fragen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses und auf die Antworten der Zeugen auf die betreffenden Fragen. Das Verlesen von langen Erklärungen durch die Zeugen soll nicht mehr zulässig sein. Es wird weiterhin als unrichtig bezeichnet, daß der zweite Unterausschuß (Prüfung der Friedensmöglichkeit) vor Weihnachten keine öffentlichen Sitzungen mehr abhalten werde. Dieser Ausschuß habe zunächst die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs zu beenden. Ueber den Zeitpunkt dieser Vernehmung könnte mit Rücksicht auf die Geschäftslage der Nationalversammlung ein Beschluß noch nicht gefaßt werden. Nach Abschluß dieser Vernehmung wird allerdings der Unterausschuß eine längere Pause eintreten lassen, da das Material für eine weitere Tätigkeit noch nicht hinreichend gesichtet ist.

:: **Alle Steuervorlagen vom Reichsrat angenommen.** In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Sonnabend Abend die unter Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, standen die Ausschußberichte über das Kapitalertragssteuergesetz und das Reichseinkommensteuergesetz zur Beratung. Finanzminister Erzberger war anwesend, brauchte aber nicht in die Debatte einzugreifen. Die Kapitalertragssteuer wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Zum Reichseinkommensteuergesetz sind in den Ausschußberatungen nur wenig Aenderungen grundsätzlicher oder einschneidender Natur vorgenommen worden. Zu erwähnen ist, daß bis zur ersten Veranlagung nach dem neuen Gesetz vorläufig die Einkommensteuer weiter zu zahlen ist, welche nach der letzten Veranlagung der Einzelstaaten und Gemeinden zu zahlen ist. Auch das Reichseinkommensteuergesetz wurde nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen. Zu erwähnen ist noch eine, von den Ausschüssen im Kapitalertragssteuergesetz vorgenommene Aenderung. Während die Vorlage die Dividendenpapiere mit 20 Prozent, die anderen nur mit 10 Proz. vom Ertrage besteuern wollte, hat der Ausschuß die Ertragssteuer allgemein auf 10 Prozent festgesetzt.

:: **Die Einwohnerwehren im nördlichen Ostpreußen aufgeboten.** Um etwaigen Zwischenfällen und Verwicklungen bei der Rückkehr der bisher im Baltenlande stehenden Truppen nach Möglichkeit vorzubeugen, sind durch das Wehrkreiskommando im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen die Einwohnerwehren des nördlich des Memelstromes liegenden ostpreußischen Gebietes aufgeboten worden. Die Ein-

Die Führer des Deutschen Reiches
zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident
Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Bauer, Reichskanzler
Der Zins, vom Reiche aufgespart,
Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz
Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen
Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister
Geldstücke
sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. David, Reichsminister o. P.
Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Genesungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

Dr. Geßler, Reichsminister für Wiederaufbau
Tragt goldene Balken herbei
zum Wiederaufbau!
Gebt dem Reiche Geld!

Giesberts, Reichspostminister
Wer spart in der Zeit,
der hat in der Not!

Koch, Reichsminister des Innern
Wirtschaft ohne Geld
ist Pflug ohne Pferd.

Dr. Mayer, Reichsschatzminister
Was das Blut für den Körper,
ist das Geld für den Staat.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen
Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

Noske, Reichswehrminister
Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Schlicke, Reichsarbeitsminister
Geld schafft Arbeit,
Arbeit schafft Brot.

wohnerwehren sollen zur Verstärkung des Grenzschutzes und der Grenzpolizei, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen.

:: **Deutschland muß zahlen.** Der Oberste Rat hat beschlossen, daß die Kosten für den Unterhalt der russischen Gefangenen in Deutschland sowie der Sonderkommissionen in Berlin der deutschen Regierung zur Last fallen.

:: **Ein deutscher Wiederaufbauvorschlag.** Dem französischen Minister Loucheur ist ein Programm für die deutscherseits zu übernehmenden Aufbauarbeiten gemacht worden. Es ging in erster Linie dahin, uns das Kohlengebiet von Lens zur Wiederinstandsetzung zu überlassen. Das Anerbieten ist in der Hauptsache abgelehnt worden. Nur bei zwei von den 130 Schächten und bei dem Aufbau von 15—17 000 von den zerstörten 40 000 Arbeiterhäusern scheinen sie auf deutsche Mithilfe zu rechnen. Für die Durchführung dieses beschränkten Programms ist von uns ein Organisationsplan aufgestellt und dem französischen Minister mitgeteilt worden, jedoch gelang es bisher noch nicht, zu einer Einigung über die von Deutschland aufzuräumenden Gebiete zu gelangen.

:: **Fortsetzung der Zerstückelungsversuche.** Nach zuverlässigen französischen Meldungen soll die Wiedererrichtung der französischen Gesandtschaft in München beschlossene Sache sein. Diese Absicht wird in Zusammenhang mit den französischen Bestrebungen zur Errichtung eines von Norddeutschland abgetrennten Mittel- und Süddeutschen Staates gebracht, der nach den französischen Wünschen die Rheinprovinz, Baden, Württemberg, Bayern und Deutsch-Oesterreich umfassen soll. Der Wiener französische Gesandte Allize soll den Auftrag haben, in dieser Richtung tätig zu sein.

:: **Sozialistische Sorgen.** Der Vorstand der Mehrheitssozialisten wendet sich mit einem Aufruf an die Parteiangehörigen, der eindringlichst zum Eintritt in die Einwohnerwehren auffordert, damit diese nicht vom Bürgertum benutzt werden können, um die Republik zu stürzen: Die Kaisertreuen, die die republikanische Regierung stürzen wollen, haben gerade in den letzten Wochen eine sehr lebhafte Agitation entfaltet. Die Straßenkundgebungen in Berlin aus Anlaß der Anwesenheit Hindenburgs, das rege Treiben der vielen Einwohnerwehren, das Verteilen der Waffen an die Gutsbesitzer und viele andere Anzeichen mehr machen es uns zur Pflicht, die Arbeiterschaft in Stadt und Land zur Wachsamkeit und zur entschlossenen Sammlung der eigenen Kräfte aufzurufen. Parteigenossen! Tretet sofort überall in die Einwohnerwehren ein! Die Waffen in der Hand eines reaktionären Bürgertums sind eine Gefahr, in der Hand unserer Parteigenossen sind sie die Garantie für den Bestand der Republik. Jeder Versuch, die Republik zu stürzen, wird zwar an dem geschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft scheitern, aber jeder solcher Versuch würde kostbares Menschenblut kosten und ein Spiel mit der Einheit Deutschlands bedeuten.

Rundschau im Auslande.

‡ Die lettische Regierung hat die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, weil General v. Eberhardt ihr habe mitteilen lassen, daß er die gegen die lettische Republik kämpfenden Truppen unter seinen Schutz nehme.

‡ Die interalliierte Baltikum-Kommission übernimmt auf Grund lettischer Zusicherungen volle Gewähr, daß der Abtransport deutscher Truppen aus Lettland bis zum 13. Dezember einschließlich von lettischer Seite nicht gestört wird.

‡ Die nordwestrussischen Truppen werden, soweit sie sich nicht freiwillig dem estnischen Oberbefehl unterstellen, entwaffnet.

‡ In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Newyork World" erklärte Generalissimus Foch, daß der militärische Geist in Deutschland noch nicht erstorben sei, und daß Deutschland einen neuen Krieg beginnen werde, sobald es dazu im stande sei.

‡ Die italienischen Kriegsschiffe „Genua" und „Smyrna" haben sich unter dem Admiral Millo d'Annunzio angeschlossen.

‡ Im Londoner Parlament erklärte Lloyd George in Beantwortung einer Anfrage, daß die Berichte, nach denen die Kruppwerke in der Herstellung von großen Mengen an Munition fortführen, nicht bestätigt seien.

‡ Die Truppen des russischen Sowjets haben weiterhin bedeutende Gefechte in Sibirien.

‡ Die Unterhandlungen über einen Vergleich im nordamerikanischen Steinkohlenstreik sind abgebrochen worden. Die Lohnausschüsse der Grubenarbeiter und Grubendirektionen sind auf unbestimmte Zeit auseinandergegangen.

‡ In Mexiko ist der Bürgerkrieg ausgebrochen. Präsident Carranza ist aus der Hauptstadt geflüchtet.

‡ Der australische Marineminister Cook sagte in einer Versammlung, daß er den Völkerbund unterstütze, jedoch der Ansicht sei, daß Großbritannien das Pulver trocken halten müsse angesichts der japanisch-amerikanischen Vorbereitungen ihrer Pacific-Politik.

Polen: Hebung der polnischen Valuta.

‡ In ganz Polen wurden die Bankschließfächer polizeilich versiegelt. Gold, Silber und ausländisches Geld sind beschlagnahmt worden. Als Grund für diese aufsehenerregenden Maßnahmen ist die Hebung der polnischen Valuta, die noch bedeutend niedriger steht als die deutsche Valuta, angegeben worden. Weitere Nachrichten besagen, daß sich die Brot- und Kohlenknappheit in Polen derart zuspitzt, daß eine Katastrophe nahe bevorsteht.

Schweden: Tätigkeit des schwedischen Roten Kreuzes.

‡ Das schwedische Rote Kreuz hat zur Bekämpfung der gefährlichen Epidemien, die ganz Europa bedrohen, von der schwedischen Regierung eine Unterstützung von einer Million Kronen erbeten und ist bereit, aus eigenen Mitteln für diesen Zweck 100 000 Franken zur Verfügung zu stellen, auch will es dem schwedischen Bureau für Seuchenbekämpfung in Wien Hilfe gewähren. Das schwedische Rote Kreuz hat auch in der schwedischen Landwirtschaft eine Sammlung von Getreide organisiert, um der Lebensmittelnot entgegenarbeiten zu können.

Italien: Bedenken gegen den Friedensvertrag.

‡ Wie durch Funkspruch aus Rom gemeldet wird, veröffentlicht die Presse folgende Erklärung, die von der katholischen Partei ausgehen soll. Im Hinblick auf die Ratifikation des Versailler Vertrages durch königliches Dekret, die notwendig geworden ist aus Besorgnis vor einer Regierungs- oder sogar Staatskrise, wird in gewissen Kreisen eine völlig verfassungsgemäße Lösung vorgeschlagen, die es zahlreichen nicht sozialistischen Gegnern ermöglichen würde, nicht mit den Sozialisten gemeinsame Sache machen zu müssen. Diese Lösung würde darin bestehen, den Vertrag unter der Bedingung gutzuheißen, daß die Regierung die Initiative dazu ergreift, die Abänderungen darin aufzunehmen, die notwendig sind, um die Ausführung des Vertrages zu erleichtern und ihn dem Grundsatz der Gerechtigkeit und eines wirklichen Friedens, für den Italien in den Krieg gegangen ist, mehr anzupassen.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Der Evangelische Lehrerverein Bielefeld** tagte am 26. November im Vereinshaus in der Bahnhofstraße. Herr Rektor Eversmeier hatte es übernommen, einen Vortrag zu halten über die Religion Israels vor Moses. Er betonte, daß es Pflicht aller Lehrenden sei, sich mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung bezüglich der Schriften des Alten Testaments auseinanderzusetzen. Da die Meinungen der Kritiker hinsichtlich der Verfasser, der Quellen und der Zeit der Zusammenstellung sehr verschieden seien, so bedürfe es einer gründlicheren Durcharbeitung dieser Stoffe, als es im Rahmen eines Vortrages möglich sei. Deshalb beschränke er sich diesmal auf eine eingehendere Betrachtung der Urgeschichte und schlage vor, in späteren Zusammenkünften zuerst die Abrahamsgeschichte und weiterhin überhaupt das ganze Alte Testament zu behandeln. Die Konferenz stimmte dem zu, und so wird Herr Pastor Östreicher gleich in der nächsten Zusammenkunft am 17. Dezember einen grundlegenden Vortrag halten über „Entwicklung oder Offenbarung?" — In der Besprechung des Vortrags von Herrn Rektor Eversmeier betonte Herr Pastor Östreicher, daß ein sprachkundiger Leser des Alten Testaments einfach aus literarischen Gründen nicht annehmen könne, die 5 Bücher Moses seien von einem Verfasser und zu gleicher Zeit geschrieben. Im übrigen lägen aber die „Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung" durchaus nicht fest, da sie sich meist auf Annahmen — Hypothesen — gründeten, die jeden Tag umgestoßen werden könnten und tatsächlich zum großen Teil durch die neuesten Forschungen schon wieder umgestoßen worden wären. So können z. B. die Bedenken, die die Vertreter der religionsgeschichtlichen Entwicklung gegenüber dem biblischen Bericht von der Urgeschichte geltend machen, mit Hilfe der babylonischen Ausgrabungen und der Sprachforschung überwunden werden. Gewiß hat der biblische Schöpfungs- und Sündflutsbericht eine nicht zu leugnende Ähnlichkeit mit dem babylonischen, — der allerdings in sittlicher Hinsicht dem biblischen bedeutend nachsteht —, aber wenn die Wellhausensche Schule daraus folgert, daß der hebräische „Mythus" nur eine Überarbeitung des babylonischen sei, so ist das grade Gegenteil richtig, wie der Sprachforscher heute leicht nachweisen kann. Sowohl der israelitische wie der babylonische Bericht gehen zurück auf eine gemeinsame Überlieferung, die semitisches Urgut war und sich auf eine Uroffenbarung stützte. Abraham hat diese Überlieferung in ihrer reinen Form mitgebracht ins Land Kanaan, während die in Babylon eingewanderten Semiten, die dort wohnen blieben, sich mit den heidnischen Summerern vermischten und so allmählich im Polytheismus untergingen.

— **Bethel.** Am Donnerstag abend war die Zionsgemeinde zu einer Begrüßungsfeier der in der Ostafrika-Mission tätig gewesenen Missionsleute eingeladen. Bis auf elf Männer und Frauen, die die Arbeit auf ihren Stationen vorläufig noch fortsetzen können, sind nun alle Missionsarbeiter wieder in der Heimat eingetroffen. Die noch in Indien internierten Missionare hofft man bald zurückkehren zu sehen. Diese letzten Transporte kamen aus den Gefangenenlagern Tura, Sidi Bischr und Maadi in Ägypten, wo sie zum Teil jahrelang interniert gewesen waren. Die größere Anzahl der Zurückgekehrten werden wahrscheinlich vorläufig ihre Heimat in Bethel und seinen Zweiganstalten finden. Außer einigen, die von Hamburg aus direkt zu ihren Familienangehörigen gereist waren, hatte sich nun die ganze Schar im Assapheum zu der Begrüßungsfeier eingefunden. Dazu kamen noch zwei Diakonenfamilien, die wie jetzt das dritte Mal aus Mitau in Kurland flüchten mußten. Anstelle des erkrankten Missionsinspektors Trittelvitz begrüßte Herr Pastor F. v. Bodelschwingh die Heimgekehrten mit herzlichen Worten der Freude und des Dankes, daß nach allem langen Leiden und Dulden nun endlich die Stunde da sei, wo Bethel alle, die ihm gehörten, wieder aufnehmen und ihnen erst ein Plätzchen zum Ausruhen und dann auch für neue Arbeit zuweisen könne. Er sprach aber auch die Hoffnung aus, daß es doch vielleicht gelingen möge, die Arbeit in Ostafrika, an der die Bethelgemeinde im besonderen und weite Kreise darüber hinaus mit soviel Liebe und Treue beteiligt sei, später wieder aufnehmen zu können. Besonders gedachte er auch der schönen Arbeit an den Epileptischen in den Anstalten in Mitau, deren Leiter und auch Mitarbeiter dem Wüten der Bolschewisten zum Opfer gefallen seien.

Missionar Diakon Hosbach sprach nun im Namen der Zurückgekehrten herzlichen Dank aus für alle Liebe, die sie bisher in Deutschland erfahren und besonders auch für die freundliche Aufnahme in Bethel und den nun bereiteten schönen Begrüßungsabend. Bruder Hosbach ist 20 Jahre ununterbrochen in Ostafrika gewesen und erzählte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, jemals wieder nach Deutschland zurückzukehren. Er habe es sich so schön ausgedacht, wie er, wenn seine Lebensarbeit unter den schwarzen Brüdern getan sei, sich sein Ruheplätzchen auf dem schönen Friedhof von Hohenfriedeberg gewünscht habe. Nun sei der Krieg gekommen und habe ihm, neben vielen anderen Plänen, auch diese Aussicht zerstört. In kernigen Worten schilderte der Redner die Gefühle der Zurückgekehrten im Gedanken an die Zeit hinter dem Stacheldraht, in schmutzigen Zelten und Unterkunftsräumen, eng zusammengepfercht, von bewaffneten Soldaten auf Schritt und Tritt bewacht, und nun wieder die goldene Freiheit, ein reines Bett, einen Tisch, von dem man die Speisen nehmen und einen Stuhl, auf den man sich setzen könne. Es sind große Leiden, die die Gefangenen haben durchmachen müssen und es hat sicher etwas zu bedeuten, wenn auch die friedlichen Missionsleute ihren Zorn nicht zurückhalten können im Blick auf die von den Engländern erfahrene Behandlung. Und doch klingt durch alle Erbitterung wieder die Liebe zu der gottgewollten Arbeit an den schwarzen Brüdern Ostafrikas hindurch und der Wunsch, wenn es nicht anders sein kann, auch unter Englands Herrschaft wieder zurück an die alte, geliebte Arbeit.

Durch die Mitwirkung des Posaunenchors, eines Waldhorn- und Sängerquartetts war der Begrüßungsabend, an dem auch die ungefähr 100 Kursisten eines hier stattfindenden Erzieherkursus unter Leitung von Pastor Büchsel-Schweicheln teilnahmen, noch besonders festlich bereichert.

Letzte Nachrichten.

Grenze der Nachgiebigkeit.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Wie wir aus Kreisen, die dem Kabinett nahe stehen, vernehmen, ist die Reichsregierung fest entschlossen, in der Frage der Ablieferung der 400 000 Tonnen Docks, Bagger und Schiffsmaterial nicht nachzugeben, und zwar handelt es sich hier nicht um eine Prestigefrage, sondern darum, daß die Aufgabe des geforderten Materials Deutschlands wirtschaftliche Existenz schlechterdings unterbinden würde. Ebenso unannehmbar ist für die Reichsregierung die Klausel des Annexprotokolls, nach der es in das Belieben Frankreichs gestellt wäre, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken.

Die Reichsregierung will den Frieden, aber nicht einseitige Fortsetzung des Krieges. Als selbstverständliche Voraussetzung wird angesehen, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, sowie der Friedensvertrag es vorsieht, und nicht nach den neuen Bedingungen.

Christrosen

Schönste Jugendschriften-Sammlung, künstlerisch feine, wahre Erzählungen aus Geschichte und Gegenwart.

70 verschiedene Hefte.

Große Ausgabe: Heft 55 Pfennig.
Kleine Ausgabe: Heft 30 Pfennig.
Bände 3,50 Mark.
Dazu 10% Teuerungszuschlag.

Verlag der Evangelischen Gesellschaft f. D. in Elberfeld

Suche für gleich oder später
Stütze
welche der Hausfrau in allen Arbeiten hilft. Familienanschluß. Angebote mit Ansprüchen an die Exp. dieser Zeitung unter W. M

Fleiß. saub. Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit in ein kleines Pfarrhaus auf dem Lande gesucht. Lohn 40 Mk. im Monat bei guter Kost.
Frau Pfarrer Andres,
Deckenbach, Kr. Alsfeld, Oberhess.

Stellen-Gesuche u. -Angebote
haben im „Auswärts" sehr oft Erfolg.

Was ist das Evangelium?
von Pastor S. Jaeger, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.
Eleg. kartoniert, zurückgesetzt
Statt 1.20 nur —.50.
„Es ist in unserer kritisch dunkelhaften Zeit ein wirkliches Labsal, dem Ideenfaden eines Mannes zu folgen, der mit der Denkkraft und Sorgfalt eines wahrheitsuchenden Forschers die Wärme eines lebendigen Christen verbindet." (Positive Union.)
Bestellungen richte man freundlichst an das
Antiquariat der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Ich suche **alte Gebisse**
auch zerbrochene und ganz alte Teile zu kaufen.
zahle Pro Zahn bis Mk. 9.—, in Gold- und Platinverarbeitung bis **Mk. 25.-**
Brennstifte, Platin Tagespreise.
Ankauf nur Mittwoch, den 3. Dezember, von 10—6 Uhr im **Hotel Zur Post.**
Frau Philipsborn.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok, Bethel bei Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover